

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Bildungsausschusses am 07.03.2017**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal
Marktplatz 2
06108 Halle (Saale)

Zeit: 17:00 Uhr bis 18:15 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Melanie Ranft	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Ausschussvorsitzende
Harald Bartl	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Annegret Bergner	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Andreas Schachtschneider	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Ulrike Wünschler	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Josephine Jahn	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale), bis 18:34 Uhr
Marcel Kieslich	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Hendrik Lange	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale), ab 17:07 Uhr
Annika Seidel-Jähniq	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Kay Senius	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), ab 17:27 Uhr
Yvonne Winkler	Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM, Vertreterin für Herrn Häder
Timon Furchert	Sachkundiger Einwohner, bis 18:38 Uhr
Ralf-Jürgen Kneissl	Sachkundiger Einwohner
Sven Pringal	Sachkundiger Einwohner
Daniel Rumpold	Sachkundiger Einwohner
André Scherer	Sachkundiger Einwohner
Torsten Schiedung	Sachkundiger Einwohner
Thomas Senger	Sachkundiger Einwohner
Andreas Slowig	Sachkundiger Einwohner
Cathleen Stahs	Sachkundige Einwohnerin
Katharina Brederlow	Beigeordnete für Bildung und Soziales
Claudia Schröder	Fachbereichsleiterin Bildung
Heike Schaarschmidt	Referentin Geschäftsbereich IV
Dr. Christine Radig	Abteilungsleiterin Schule
Beate Erfurth	Kitafachplanerin
Jürgen Zschocke	Schulnetzplaner
Sigrid Müller	Team Schulinvest und -bau
Jenny Dautermann	stellv. Protokollführerin

Entschuldigt fehlten:

Denis Häder	Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM
Bertolt Marquardt	Sachkundiger Einwohner

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Frau Ranft eröffnete die Sitzung und stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Es gab keine Anmerkungen zur Tagesordnung und **Frau Ranft** bat um Abstimmung.

Folgende Tagesordnung wurde festgestellt:

3. Genehmigung der Niederschrift vom
 - 3.1. Genehmigung der Niederschrift vom 17.01.17
 - 3.2. Genehmigung der Niederschrift vom 02.02.17
4. Beschlussvorlagen
 - 4.1. Jugendhilfeplanung gemäß § 80 SGB VIII - Teilplanung Bedarfs- und Entwicklungsplanung Kindertagesbetreuung in der Stadt Halle (Saale) vom 01.01.2017 bis 31.12.2017
Vorlage: VI/2016/02526
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
 - 6.1. Anfrage der SPD-Fraktion zur Sekundarschule „Am Fliederweg“
Vorlage: VI/2017/02818
7. Mitteilungen
 - 7.1. Aktueller Stand Beantragung von STARK III Fördermitteln
 - 7.2. Aktueller Stand Anmeldung Schülerinnen und Schüler für weiterführende Schulen zum Schuljahr 2017/18
 - 7.3. Information zu Sprachlehrern an Schulen
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom

zu 3.1 Genehmigung der Niederschrift vom 17.01.17

Die Niederschrift lag noch nicht vor.

zu 3.2 Genehmigung der Niederschrift vom 02.02.17

Die Niederschrift lag noch nicht vor.

zu 4 Beschlussvorlagen

zu 4.1 Jugendhilfeplanung gemäß § 80 SGB VIII - Teilplanung Bedarfs- und Entwicklungsplanung Kindertagesbetreuung in der Stadt Halle (Saale) vom 01.01.2017 bis 31.12.2017 Vorlage: VI/2016/02526

Eine Präsentation ist im Session hinterlegt.

Herr Schachtschneider fragte, wieso 192 Plätze an Gastkinder vergeben sind, wenn doch halleische Kinder bevorzugt behandelt werden sollen. Wie werden diese Plätze bezahlt?

Frau Erfurth erklärte, dass es die Hoheit der Träger ist, wie sie ihre Plätze vergeben. Es gibt viele Gründe für Gastkinder, wie zum Beispiel Eltern, die umziehen, aber ihre Kinder nicht aus dem Kindergarten abmelden. Die Kosten für die Plätze werden durch die anderen Gemeinden erstattet.

Herr Senger sagte, dass eine Gegenüberstellung mit den Personalkapazitäten fehlt. Er fragte, ob ein Kitaplatz eins zu eins mit einem Krippenplatz umgerechnet werden kann, da das Flächenverhältnis ein anderes ist. Wie lange darf die Einrichtung überbelegt sein?

Frau Erfurth sagte, dass die Flächen für die Krippe doppelt so groß sind wie die für die Kita und daher eine Umrechnung kein Problem ist. Eine Überbelegung von 10 % ist bis zu einem halben Jahr möglich.

Herr Scherer erklärte, dass auch wenn die Familien in Nachbargemeinden umziehen, ein Vertrag besteht, der nicht einfach gelöst werden kann.

Herr Scherer bat um eine Auflistung der Einrichtungen, unterteilt nach Sozialräumen, die noch freie Kapazitäten haben.

Die Verwaltung sicherte eine Beantwortung zu.

Frau Seidel-Jähniß bat um die Wartelisten und wollte wissen, warum die Anzahl der Kitaplätze und Krippenplätze so unterschiedlich ist. Sie fragte, ob die neuen Kitas bestimmte Schwerpunkte haben.

Frau Erfurth erklärte, dass die Kitas so schnell wie möglich Kinder aufnehmen und die Aufnahme flexibel nach Nachfrage gestaltet wird. Die Wartelisten des Eigenbetriebes Kita können eingesehen werden.

Herr Lange fragte, ob bereits Klagen bezüglich des Rechtsanspruches vorliegen. Er fragte weiter, wie sich die Situation am Hort der Johanneschule entwickelt, wenn die Glauchaschule eröffnet wird.

Frau Erfurth sagte, dass keine Klagen vorliegen. Es wird mit steigenden Schülerzahlen an beiden Schulen gerechnet, so dass Kapazitätserweiterungen vorgenommen werden müssen.

Abstimmungsergebnis Sachkundige EinwohnerInnen: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis Stadträte: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt den Bedarfs- und Entwicklungsplan Kindertagesbetreuung als Teilplanung der Jugendhilfeplanung gemäß § 80 SGB VIII für den Zeitraum vom 01.01.2017 bis 31.12.2017. (Anlage 1)
2. Der Stadtrat beschließt die gesetzliche Förderung gemäß § 11a KiFöG der im Bedarfs- und Entwicklungsplan ausgewiesenen Kindertageseinrichtungen und stellt die Finanzierung im Haushalt 2017 sicher. (Anlagen 2a und 2b)

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine Anträge von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

**zu 6.1 Anfrage der SPD-Fraktion zur Sekundarschule „Am Fliederweg“
Vorlage: VI/2017/02818**

Eine schriftliche Beantwortung ist im Session hinterlegt.

Herr Senius fragte, ob sich die Verwaltung initiativ einen Überblick verschafft oder ob die Schulleitung einen Antrag stellen muss. Hat die Schule die fehlenden Sitzmöglichkeiten bei der Stadt angezeigt.

Frau Dr. Radig sagte, dass die Prüfung der Ausstattung im Zusammenhang mit der Bedarfsplanung erfolgt. Die Schulen sind selbstverständlich angehalten Mängel anzuzeigen. Die fehlenden Sitzmöglichkeiten wurden durch die Schule nicht gemeldet.

Herr Senius fragte, ob es eine Übersicht über die Mängel gibt, die durch die Verwaltung festgestellt wurden und aufgrund des fehlenden Budgets nicht beseitigt werden konnten.

Frau Dr. Radig sagte, dass eine Abfrage der Schulen ein erheblicher Aufwand ist.

Herr Senius machte deutlich, dass es wichtig ist, dass der Stadtrat ein Bild von den Ausstattungsmängeln erhält.

Herr Lange fragte, ob es noch ein Lager mit übrigem Mobiliar gibt.

Frau Brederlow verneinte es.

Herr Slowig sagte, dass die Schulen sich daran gewöhnt haben, dass wünschenswertes nicht immer möglich ist. Wenn dringende Mängel vorliegen, werden diese jedoch immer schnell beseitigt.

Herr Schachtschneider betonte, dass eine Auflistung solcher Wünsche hilfreich wäre.

zu 7 **Mitteilungen**

zu 7.1 **Aktueller Stand Beantragung von STARK III Fördermitteln**

Die Mitteilung ist im Session hinterlegt.

Herr Schachtschneider fragte, um welche Turnhallentypen es sich handelt.

Frau Müller sagte, dass es sich bei den Turnhallen in der Kattowitzer Straße und am Carl-Schorlemmer-Ring um Typ MT90 Zweifeldhallen und in der Mannheimer Straße um eine Dreifeldhalle GT90 handelt. Sie schilderte, dass ein Neubau preisgünstiger wäre, aber die Fördermittel nur für eine energetische Sanierung zur Verfügung stehen.

Herr Schachtschneider fragte, was in der Auenschule und der Astrid-Lindgren-Schule verändert wird.

Frau Müller antwortete, dass dies derzeit in der Prüfung ist.

zu 7.2 **Aktueller Stand Anmeldung Schülerinnen und Schüler für weiterführende Schulen zum Schuljahr 2017/18**

Herr Senger fragte, wie mit dem Problem, dass nicht alle Schüler, die auf eine Gesamtschule gehen möchten auch wirklich auf diese gehen können, umgegangen werden soll. Er fragte weiter, ob die Eltern auf Ihren Rechtsanspruch hingewiesen werden?

Frau Dr. Radig sagte, dass alternativ Schulen angeboten werden.

Herr Schachtschneider fragte zur Einzigigkeit der Sekundarschule Fliederweg, ob seitens des Landesschulamtes die Aufforderung zur Ergreifung von Maßnahmen erfolgte.

Frau Dr. Radig erklärte, dass es möglich ist, wenn es mehrere Sekundarschulen gibt, eine einzügig zu führen. In höheren Jahrgängen werden häufig Schüler aufgenommen, die von anderen Schulformen kommen. Es besteht daher keine generelle Einzigigkeit.

zu 7.3 Information zu Sprachlehrern an Schulen

Frau Dr. Radig erklärte, dass an elf Grundschulen und einer Berufsschule Zuwendungen in Höhe von 6366 Euro – 36074 Euro ausgesprochen wurden. Alle Zuwendungen wurden zum Zeitpunkt der Winterferien bewilligt. Die Schulen können mit Bildungsträgern Kooperationsvereinbarungen abschließen. Die Grundschule Friesen, Sekundarschule Heinrich-Heine und die Reil Schule erhielten eine Ablehnung, da dort viele Sprachlehrkräfte durch das Land eingestellt wurden.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 8.1 Herr Schiedung zum Umzug der Berufsbildende Schulen III Halle Johann Christoph von Dreyhaupt

Herr Schiedung fragte nach dem aktuellen Stand des Umzugs der Dreyhaupt-Schule.

Eine schriftliche Beantwortung wurde zugesagt.

zu 8.2 Herr Schachtschneider zu Praktikumsplätzen

Herr Schachtschneider fragte, ob es in der Stadtverwaltung Praktikumsplätze für Schüler des Berufsvorbereitungsjahrs gibt.

Eine schriftliche Beantwortung wurde zugesichert.

zu 8.3 Herr Schachtschneider

Herr Schachtschneider fragte, wann in dem Wohnheim im Gustav-Weidanz-Weg WLAN zur Verfügung steht.

Frau Dr. Radig sagte, dass in zwei Gemeinschaftsräumen WLAN bereitgestellt wird. WLAN in jeder Wohnung ist derzeit nicht vorgesehen.

zu 8.4 Herr Senger zu Kitas

Herr Senger bat um einen Vergleich der räumlichen Kapazität und der personellen.

zu 8.5 Herr Lange zur Reinigung an Schulen

Herr Lange fragte nach dem aktuellen Stand der Reinigungsleistungen.

Herr Ruffert antwortete, dass es die bekannten festgelegten Rhythmen gibt.

zu 8.6 Herr Schachtschneider zu Schulsekretärinnen

Herr Schachtschneider fragte, wie weit die Ausschreibung der Stellen für SchulsekretärInnen ist.

Frau Schröder erklärte, dass die Ausschreibungen bald öffentlich sind.

zu 9 Anregungen

Anregungen wurden nicht gegeben.

Frau Ranft beendete den öffentlichen Teil.

Melanie Ranft
Ausschussvorsitzende

Jenny Dautermann
stellv. Protokollführerin